



---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

8. Sitzung (öffentlich)

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.15 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/250, 13/251, 13/302, 13/319 und 13/376

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 08 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter Ausklammerung der personalrelevanten Haushaltstitel, jedoch unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der Fraktion der FDP angenommen.

**2      Zwangspfand für Getränkeverpackungen stoppen; Flexibilisierung der Mehrwegquote forcieren** 12

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/370

Der Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 13/370 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von FDP und CDU abgelehnt.

**3      Chancen für den Wirtschaftsstandort NRW verbessern; Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tatsächlich verfügbar machen** 14

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/618

Der Ausschuss wird das Thema im Rahmen einer der nächsten Sitzungen erneut beraten und dann über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

**4      Bundeseinheitliche aussagekräftige Gründungsstatistik muss endlich eingeführt werden!** 20

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/703

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/761

Der Ausschuss nimmt Berichte des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn und des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

## **5      Verschiedenes**

Siehe Seiten 26 und 27 des Diskussionsteils

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750  
Vorlagen 13/250, 13/251, 13/302, 13/319 und 13/376

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linsen** teilt mit, der Ausschuss berate in seiner heutigen Sitzung abschließend über die den Ausschuss berührenden Teilbereiche der Einzelpläne 08, 10 und 15. Als Tischvorlage stünden die Änderungsanträge der Fraktionen zur Verfügung.

Zur "Finanzierung von Gutachten und externer Beratung" bittet **Christian Weisbrich (CDU)** über die zur Verfügung gestellte Übersicht hinaus um die Namen der Gutachter. Nicht ersichtlich sei, ob es sich um ein Einzelgutachten oder viele kleinere Gutachten handle.

Er wolle die gewünschte Information gerne geben, antwortet **Minister Schwanhold**. Allerdings müsse er zunächst überprüfen, ob er dazu aufgrund datenschutzrechtlicher Zusammenhänge berechtigt sei.

Ausweislich der Vorlage 13/284 (Seite 10), so **Christian Weisbrich (CDU)**, sei von einem Begleitausschuss die Rede. Er bitte um nähere Informationen über dieses Gremium.

Nach der Strukturfondsverordnung sei, führt **Ministerialrat Dr. Jacoby (MWMEV)** aus, ein begleitendes Gremium einzusetzen, dem die mit der Programmdurchführung befassten Behörden, Regionalvertreter, die Wirtschafts- und Sozialpartner einschließlich der Vertreter der Umwelt- und der Gleichstellungsbelange angehörten. Der Begleitausschuss werde unter Vorsitz von Staatssekretär Bickenbach erstmalig am 30. März tagen. Dem Begleitausschuss obliege die Aufgabe, strategische Fragen im Zusammenhang mit der Programmdurchführung zu besprechen und auf diese Weise die Unterstützung für das Programm und die Kompetenz aus den verschiedenen Bereichen der betroffenen Organisationen einzubringen.

Im Zusammenhang mit den Stichworten "Landesaufgabe", "Gebietskulisse" und "Antragsstopp" möchte **Christian Weisbrich (CDU)** wissen, ob dort "nichts mehr zu holen sei", weil seit 1998 keine neuen Anträge mehr bewilligt werden könnten.

Aus den Unterlagen, die das Ministerium zur Verfügung gestellt habe, führt **Ministerialdirigent Thomalla (MWMEV)** aus, werde ersichtlich, dass für das laufende Haushaltsjahr nur auf der Grundlage von Verpflichtungsermächtigungen bewilligt werden könne. Auszahlungen

könnten damit ohnehin erst im Folgejahr vorgenommen werden. Darüber hinaus habe man für den Infrastrukturbereich noch eine Reihe von Anträgen vorliegen, die aufgrund der Verpflichtungsermächtigungen bewilligt werden *müssten*. Die Möglichkeit bestehe, dass von den Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 25 Millionen DM ein gewisser Anteil freiwerden könnte, und zwar auch für Zwecke der gewerblichen Förderung.

Im Augenblick mache es keinen Sinn, auf breiter Front "grünes Licht" zu geben, dann aber im Falle einer Antragsflut eine ganze Reihe von Antragsstellern zwangsläufig enttäuschen zu müssen.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der **Antragsberatung** zu. - Die Anträge sowie die entsprechenden Begründungen und Abstimmungsergebnisse können der **Anlage 1** zu diesem Ausschussprotokoll entnommen werden. Soweit sich bei Anträgen ein Diskussionsbedarf ergeben hat, wird dieser im Folgenden ausgeführt:

Zum **Antrag** der FDP-Fraktion - **laufende Nr. 2** - geht **Dr. Papke (FDP)** davon aus, dass es wohl nur wenige Bereiche des Wirtschaftshaushalts gebe, in denen über die Sinnhaftigkeit des Anliegens ein solch hoher Konsens bestehe. Die Meistergründungsprämie habe nachweislich sehr positive Effekte gezeitigt. Die FDP wolle dieses Niveau nicht nur verstetigen, sondern sogar noch anheben.

Zu Nachfragen des **Christian Weisbrich (CDU)** betreffend den Finanzierungsmechanismus EU/NRW unter Berücksichtigung der EU-Kofinanzierung teilt **Ministerialdirigent Thomalla** mit, dass eine 50 : 50-Finanzierung statfinde. Für die Meistergründungsprämie gebe es einen Grundansatz, der im gesamten Land gelte. Immerhin könnten EU-Mittel nicht landesweit, sondern nur in den Zielregionen eingesetzt werden. Damit bestritten werde die Förderung im gesamten Land. Um den Ansatz, wie er angesetzt sei, zu erreichen, habe das Haus für einen Teilbetrag EU-Kofinanzierungsmittel eingesetzt, der für die Meistergründung in den Ziel 2-Regionen eingesetzt werde. - Die auf Seite 11 der Vorlage 13/484 unter "1.4 Meistergründungsprämie" genannten Mittel bezögen sich auf den gesamten Förderzeitraum, bestätigt **Ministerialrat Jacoby** auf Nachfrage des **Christian Weisbrich (CDU)**.

Es gebe durchaus gute Argumente, räumt **Minister Schwanhold** ein, ein solch erfolgreiches Programm mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Schon in der Vergangenheit sei über die Förderung handwerksähnlicher Berufszweige nachgedacht worden. Leider mangle es an geeigneten Abgrenzungskriterien zu anderen Programmen. Angesichts der knappen Haushaltsmasse sei es ohnehin schwierig, den Ansatz zu erhöhen. Mit dem Handwerk sei über eine differenzierte Prämierung diskutiert worden. Ein solcher Weg sei seiner Einschätzung nach allerdings nicht zielführend. Das überragende Argument für das in Rede stehende Programm seien die Schlichtheit in der Antragstellung, die Höhe der Effizienz und hohe Treffsicherheit. Kein Antrag auf Förderung im Rahmen der Meistergründungsprämie habe abgelehnt werden müssen, bestätigt der **Minister** auf Nachfrage des **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**.

Der **Antrag** wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

Zum **Antrag mit der laufenden Nr. 3** legt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** dar, neben den im Wirtschaftshaushalt bereits vorgeschlagenen Förderprogrammen bedürfe es für kleine und mittlere Unternehmen eines Ansatzes im Bereich von "E-Commerce-Beratung", da sich diese Klientel nur unter erschwerten Bedingungen mit dem nötigen technischen Know-how versorgen könne. Ein zielgenaues Programm sollte die Angebote bündeln und so die KMUs unterstützen.

Das mit dem Antrag aufgegriffene Thema, stimmt **Werner Bischoff (SPD)** zu, habe für die KMUs sicherlich Bedeutung. Trotzdem sollte der Ansatz nicht erhöht werden, da der Bedarf anderweitig gedeckt werden könne. Eine eigene Ziffer sei nicht erforderlich.

Das Anliegen könne auch seine Fraktion nachvollziehen, bemerkt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**. Deshalb habe sie auch einen entsprechenden Antrag formuliert, um Medienkompetenz zu fördern und NRW als Medienstandort zu stärken.

Die in Aussicht gestellten Ansätze, entgegnet **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, erreichten die Unternehmen nicht. Das gelinge nur dann, wenn ein ausführliches Beratungsangebot entwickelt werde. Die Hemmschwellen müssten überwunden werden, ein solches Beratungsangebot abzufragen. Die erforderliche Trennschärfe böten die bisherigen Ansätze nicht.

**Minister Ernst Schwanhold** stimmt der Einschätzung zu, dass die Internetfähigkeit und die Fähigkeit, sich am E-Commerce zu beteiligen, für kleine und mittlere Unternehmen von zentraler Bedeutung sei. Die Betriebe müssten für die neue Technologie fitgemacht werden. Betroffen seien Handwerk und Handel gleichermaßen. Die Schaffung eines einzelnen Titels helfe nicht weiter. Gefragt sei die Integration in die unterschiedlichsten Felder. Es gelte, auf einer sicheren Plattform den Internetmarktplatz Nordrhein-Westfalen einzurichten und den mittelständischen Unternehmen den Zugang zu diesem Marktplatz zu eröffnen. Im Ruhrgebiet würden beispielsweise die Rathäuser internetfähig gemacht, damit die Unternehmen nicht in die Rathäuser gehen müssten, sondern über das Internet Anträge, Gewerbebeanmeldungen, die Steuererklärung etc. abliefern könnten. Ein solches Bündel könne auf dem jetzt beschriebenen Weg besser geschnürt werden.

**Christian Weisbrich (CDU)** erklärt namens seiner Fraktion, man werde sich bei der Abstimmung zu diesem Antrag enthalten, weil die CDU-Fraktion an anderer Stelle einen in die gleiche Richtung gehenden Antrag einbringe.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag der FDP-Fraktion - laufende Nr. 4** "Kapitel 08 030, Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, Titelgruppe 68, Förderung der Außenwirtschaft - erläutert **Dr. Gerhard Papke (FDP)**: Die Ausbildung ausländischer Fachkräfte - insbesondere des Managementnachwuchses - aus den MSOE-Staaten bedeute gerade mit Blick auf die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen, die Nordrhein-Westfalen in diese Regionen unterhalte, eine enorme Chance, langfristige Bindungen mit Führungskräften in diesen Ländern zu erzielen. Deshalb sollten die Ausgaben in diesem Bereich aufgestockt werden, um die aufgelegten Programme extensiv zu betreiben. Die ganz konkreten Chancen, die sich aus der Forderung der Außenwirtschaftsbeziehungen ergäben, seien sicher Erfolg versprechend.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag** der CDU-Fraktion mit der **laufenden Nr. 5** wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

Zum **Antrag** mit der **laufenden Nr. 6** - Kapitel 08 030, Titelgruppe 72 "Mittelstandsoffensive NRW"

Im Gegensatz zu medienwirksamen Anträgen der FDP-Fraktion, so **Rüdiger Sagel (GRÜNE)**, habe der Antrag der Koalitionsfraktionen die Absicht, den Mittelstand zu motivieren und zu mobilisieren.

Sollten, möchte **Dr. Gerhard Papke (FDP)** wissen, bestimmte Veranstaltungen unterstützt werden? - **Werner Bischoff (SPD)** stellt klar, dass mit der Mittelstandsoffensive ein Schwerpunkt im diskutierten Bereich gesetzt worden sei. Nach dem Haushaltsentwurf sei eine sehr einschneidende Rückführung der Mittel vorgesehen gewesen. Gegenüber dem Mittelansatz des vergangenen Jahres habe man es eigentlich mit einer Mittelerrhöhung von lediglich 200.000 DM zu tun. Unter dem Strich gehe es darum, bereits begonnene erfolgreiche Maßnahmen fortsetzen zu können.

Dem Haushaltsentwurf könne er nicht entnehmen, bemerkt **Christian Weisbrich (CDU)**, dass dem Mittelansatz für den Veranstaltungsbereich gekürzt worden sei. - Im aktuellen Sachzusammenhang, erklärt **Minister Ernst Schwanhold**, seien mehrere Titel gegeneinander deckungsfähig. Würde man diese Titel aufaddieren, käme man zu dem Ergebnis, dass Kürzungen vorgenommen worden seien. Beim angesprochenen Titel selbst gebe es keine Kürzungen.

Gekürzt worden sei, stellt **Christian Weisbrich (CDU)** fest, bei den Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie bei den "sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland". Dort, wo Mittel an Dritte weitergegeben würden, sei gekürzt worden, sodass mehr Veranstaltungen stattfinden könnten.

Im Haushalt der Titelgruppe 72, so **Minister Ernst Schwanhold**, seien die Positionen gegeneinander ausgeglichen worden. Die Ausgabe erfolge im laufenden Haushaltsjahr. Der Antrag zur Motivation, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und unternehmerisch tätig zu werden, müsste eigentlich über alle Parteigrenzen hinweg gleichgesehen werden.

Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Positionen, gibt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** zu bedenken, besitze der Wirtschaftsetat einen großen Handlungsspielraum. Das sei sinnvoll und gut so. Von der Zielsetzung her dürfte deswegen weitgehende Einigkeit bestehen.

Mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zu argumentieren, bemerkt **Christian Weisbrich (CDU)**, führe zu einem Zerrbild.

**Werner Bischoff (SPD)** schlägt vor, gegebenenfalls könnten die Ansätze auf den alten Stand zurückgesetzt werden. Summa summarum gebe es über die nach dem Antrag geförderte Summe keinen Pfennig mehr.

**Minister Ernst Schwanhold** teilt zur Mittelverwendung mit, dass nach wie vor die gegenseitige Deckungsfähigkeit gelte. Das sei insofern angebracht, weil es in bestimmten Bereichen zusätzliche Leistungen geben müsste, weil auch die Bedarfslagen unterschiedlich ausfallen könnten. Veranstaltungen des Wirtschaftsministeriums würden trotzdem nicht üppiger gefahren als in der Vergangenheit.

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linsen** resümiert, nach dem bisherigen Diskussionsverlauf werde also die Aufstockung um je 500.000 DM rückgängig gemacht, und soweit es um Veranstaltungen gehe, werde man 200.000 DM aufstocken. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit bleibe erhalten.

(Allgemeine Zustimmung)

Auf eine entsprechende Nachfrage des **Christian Weisbrich (CDU)** teilt **Ministerialrat Kröger (MWMEV)** die Ist-Ergebnisse betreffend Titelgruppe 72 mit: Beim Titel 526 72 belaufe sich das Ergebnis auf Null. Beim Titel 531 72 betrage das Ist-Ergebnis rund 3,3 Millionen DM. Beim Titel 541 72 betrage das Ist-Ergebnis rund 120.000 DM. Beim Titel 546 72 seien es rund 1,5 Millionen DM. Beim Titel 685 72 gehe es um rund

100.000 DM. In der Summe ergebe sich ein Ergebnis von rund 5 Millionen DM. Das Ist-Ergebnis der von ihm nicht erwähnten Titel habe sich auf Null DM belaufen.

Damit sei klar, schlussfolgert **Christian Weisbrich (CDU)**, dass ein relativ hoher Ansatz in Hochglanzbroschüren gesteckt worden sei. Das sei nicht im Sinne seiner Fraktion.

Die Veröffentlichungen der Landesregierung als "Hochglanzbroschüren" abzuqualifizieren, hält dem **Werner Bischoff (SPD)** entgegen, sei eine Unterstellung. Immerhin habe es sich um eine neue Initiative gehandelt.

Der **Antrag der Koalitionsfraktionen** - einschließlich der sich aus der Diskussion ergebenden Veränderungen - wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Der **Antrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 7**, wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag der FDP-Fraktion, laufende Nr. 8**, wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von FDP und CDU **abgelehnt**.

Der **Antrag der Koalitionsfraktionen, laufende Nr. 9**, wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung durch CDU und FDP **angenommen**.

Der **Antrag der Koalitionsfraktionen, laufende Nr. 10**, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Zum **CDU-Antrag** betreffend einen neuen Titel zur "Neuausrichtung der nordrhein-westfälischen KMU auf die Internet-Wirtschaft" erklärt **Christian Weisbrich (CDU)** für die Antrag stellende Fraktion, es gehe um eine echte Erhöhung und separate Ausweisung. Mit erheblichen Problemen beim Übergang von Klarifizierungsverfahren, die für das Bestellwesen im Internet erforderlich seien, sei zu rechnen. Minister Schartau habe für die Landesregierung von Fördermitteln für den Interneteinstieg und Electronic Commerce Mittel in Höhe von 400 Millionen DM am Landes- bzw. EU-Mitteln gesprochen. Es dürfe nicht nur geredet werden. Konkretes Handeln sei gefragt.

Der **Antrag** wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** der FDP-Fraktion - laufende Nr. 12 - merkt **Christian Weisbrich (CDU)** an, unabhängig von der generellen Einstellung zum Bergbau sei die Kürzung an der vorgeschlagenen Stelle ein falscher Ansatz. Immerhin gehe es um die Förderung von Bergbautechnologien, die nichts mit dem Grundanliegen zu tun hätten.

(Beifall bei der SPD)

Der heimischen Wirtschaft müssten Exportchancen eröffnet werden.

**Fritz Kollorz (CDU)** mahnt an zu berücksichtigen, dass im Verhältnis zum Jahre 1999 bei den Ist-Ausgaben im Vergleich zum jetzigen Ansatz eine Minimierung der Leistungen zur Kenntnis genommen werden müsse.

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** macht darauf aufmerksam, dass im Rahmen des Technologieprogramms gerade solche Projekte gefördert würden, die auf die Förderbedingungen in Deutschland abstellten. Insofern sei es hochgradig fragwürdig, wenn nicht sogar ausgeschlossen, dass die dort aus Landesmitteln geförderte Technologie auf den Exportmärkten eingesetzt werden könne, die auch seine Fraktion im Blick habe. Eine gesonderte Förderung sei vor dem Hintergrund des Ansatzes, dass der Steinkohlenbergbau in Deutschland keine Zukunft habe, durchaus sinnvoll und müsse betont werden.

Der diskutierte Antrag müsse außerdem im Zusammenhang mit dem nächsten Antrag gesehen werden, so **Christian Weisbrich (CDU)**. Darüber hinaus müssten einmal geschlossene Verträge eingehalten werden. An der Stelle stehe die CDU-Fraktion für einen frühzeitigen Ausstieg nicht zur Verfügung.

**Werner Bischoff (SPD)** bedauert, dass sich die Blockade, die die FDP-Fraktion fahre, durch den gesamten Haushalt ziehe. Es komme einem Kunstgriff gleich, zwischen dem trennscharf zu unterscheiden, was vor Ort erprobt und nur im Inland eingesetzt werde, bzw. dem, was erprobt werde und möglicherweise exportiert werden könne. Mit praktischem Wirtschaften habe eine solche Differenzierung nichts zu tun.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** laufende **Nr. 13** erklärt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** für die Antrag stellende Fraktion, seine Fraktion werde ungeachtet der Haltung von SPD, GRÜNEN und CDU für ihre Position werben. Gerade angesichts der desolaten Haushaltslage sowie der Proportionen im Wirtschaftshaushalt sei die Förderung in der beabsichtigten Höhe nicht akzeptabel. In Deutschland gebe es definitiv keinen lebensfähigen Bergbau.

Konsequenz aus dem Antrag wäre, schlussfolgert **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, dass sich die FDP-Fraktion also nicht mehr an die im Jahre 1997 geschlossene Vereinbarung halten wolle.

Die 97er Vereinbarung, so **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, sei aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in weiten Teilen überholt. Neue Verhandlungen hätten stattgefunden.

(Minister Ernst Schwanhold: Das ist nun wirklich völliger Quatsch!)

- Selbst der Ministerpräsident habe im Plenum ausgeführt, dass die Eckdaten für den Zeitraum nach dem Jahre 2005 nicht mehr dem entsprechen, was 1997 zugrunde gelegt worden sei. Es wäre eine Illusion, so zu tun, als könne der 97er Kompromiss bis 2005 Bestand haben. Eine Rückführung der Beihilfen, wie sie seine Fraktion einfordere, bedürfe einer Neuverhandlung.

Das bedeute allerdings, so **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, dass mit einem heutigen positivem Votum ein klarer Vertragsbruch begangen würde.

(Hans Vorpeil [SPD]: Genau richtig!)

Er könne, erwidert **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, die Rechtsinterpretation des Vorsitzenden nicht teilen.

(Lachen bei SPD und CDU)

Aktuell befinde sich der Ausschuss in Haushaltsberatungen, und seine Fraktion beantrage eine Mittelkürzung. Welche Weiterungen politischer oder rechtlicher Art sich ergäben, werde an anderer Stelle zu erörtern sein.

Eine ordentliche Wirtschaftspolitik sei auf Verlässlichkeit angewiesen, betont **Bernd Schulte (CDU)**. Diese Verlässlichkeit müsse querbett durch alle Branchen herrschen. Eine einzelne Branche könne dabei nicht ausgenommen und an den Pranger gestellt werden. Die CDU-Fraktion werde nicht vertragsbrüchig, zumal dies ein falsches Signal in Sachen Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen bedeutete.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** kommt in seinem Wortbeitrag auf den plenaren Antrag der FDP-Fraktion zu sprechen. Seinerzeit - 18. September - habe es geheißen, die Vereinbarkeit des Kompromisses aus dem Jahre 1997 bilde weiterhin die Grundlage für die Anpassungsplanung bis zum Jahre 2005. An der Stelle tue sich im Vergleich zu heute ein Widerspruch auf. Es werde, so sei weiter zu lesen, eine Anschlussregelung für den Zeitraum bis 2005 erarbeitet, die degressiv ausgestaltet sei und ein vollständiges Auslaufen sämtlicher Anpassungsbeihilfen bis spätestens 2015 vorsehe. Sollte das Tempo der Beihilfenrückführung aus den Jahren 1997 bis 2005 beibehalten werden, würden die Subventionen im Jahre 2010 vollständig auslaufen. Ein bis spätestens 2015 - so sei bei der FDP nachzulesen - angelegtes Konzept würde zusätzliche Spielräume gewähren.

Seit dieser Zeit hätten sich, so der Abgeordnete, die Rahmenbedingungen nicht so sehr geändert.

(Minister Ernst Schwanhold: Das sind für Möllemann Lichtjahre!)

In der Folge habe der FDP-Fraktionsvorsitzende kurze Zeit später die Beendigung für das Jahr 2005 bekannt gegeben. Die 30.000 Beschäftigten, um die es dann noch gehe, sollten dann freigesetzt werden. - Gestern habe der FDP-Fraktionsvorsitzende verlauten lassen, im Prinzip solle bereits in zwei Jahren Schluss sein.

Er, Priggen, erinnere daran, dass die FDP-Fraktion Mitglied der Bundesregierung gewesen sei, die 1997 den Kompromiss mit unterzeichnet habe. Ungeachtet einer kritischen Haltung zum Kohlekompromiss sei es absurd, im laufenden Haushaltsjahr Mittel in der angedachten Form zusammenzustreichen.

Der "Rheinischen Post" vom heutigen Tage entnehme ihr, teilt **Fritz Kollorz (CDU)** mit, dass laut Möllemann bereits im Jahre 2002 NRW ungeachtet bestehender Abmachungen seine Zahlungen in Höhe von 1 Milliarde DM einstellen solle. - Wie vertrage sich diese Aussage mit dem derzeit diskutierten Antrag?

Antragsgrundlage, erwidert **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, sei das eingereichte Papier.

(Fritz Kollorz [CDU]: Da hat doch gestern eine Pressekonferenz stattgefunden!)

- Es wäre überzeugender gewesen, wenn die jetzt eingeforderte Nachdenklichkeit auch bei den Initiativen eine Rolle gespielt hätte, die gerade die KMU überrascht hätten. Er erinnere beispielhaft an die Konsequenz aus der Öko-Steuer. Die Koalitionsfraktionen hätten eine Reihe von Maßnahmen zu verantworten, die unmittelbar - von heute auf morgen - insbesondere kleine und mittlere Betriebe in Existenznöte gebracht hätten. Der FDP gehe es darum, mit ihrem Antrag Mittel für andere Prioritäten freizubekommen. In der Botschaft seiner Fraktion werde kein Hehl daraus gemacht, dass es für die derzeit noch 50.000 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau keine Zukunft in dieser Branche gebe. Es wäre sinnvoller, den Betroffe-

nen zu sagen, dass sie sich weiterqualifizieren müssten und Beschäftigungschancen im Handwerk suchen sollten. Dort gebe es 15.000 offene Stellen.

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** macht bei der Gelegenheit darauf aufmerksam, dass im späteren Sitzungsverlauf ohnehin noch eine Debatte zur Kohlesituation in Nordrhein-Westfalen anstehe.

**Christian Weisbrich (CDU)** vermag sich zwar der Einschätzungen des Dr. Papke anzuschließen, soweit es um die Behandlung des Mittelstandes geht, hält es allerdings für nicht zulässig, die Argumente in der aktuellen Debatte so zu vermischen, wie dies geschehen sei. Der Antrag solle abgestimmt werden.

**Minister Schwanhold** widerspricht energisch der Einlassung des Dr. Papke zur Öko-Steuer. Die entsprechende Beschlussfassung sei auf mehrere Jahre angelegt und biete insofern verlässliche Rahmenbedingungen. Die festgelegten Erhöhungsdaten basierten auf einer soliden Grundlage. An der Stelle vermische der FDP-Abgeordnete erneut die Einflüsse des Kartells und die Preise auf der Rohstoffseite mit einer Gesetzgebung.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** bittet Dr. Papke um Aufklärung, weshalb sich die FDP-Fraktion in ihrer Haltung so fundamental gewandelt habe. - Der Einschätzung, dass die Landesregierung den Mittelstand vernachlässige, müsse er insofern widersprechen, als der Ministerpräsident "landauf landab" einen Mittelstandspreis nach dem anderen verliehen bekomme. Die Koalition komme mit ihrer Politik gut über.

Der Grünen-Abgeordnete habe, entgegnet **Dr. Papke (FDP)**, den Antrag nicht richtig verstanden.

(Lachen bei den Grünen)

Die FDP-Fraktion habe keinen Bestandsschutz für die Beihilfen bis 2015 erklärt. Vielmehr habe man dafür plädiert, die Beihilfen schnellstmöglich in Strukturhilfen für die betroffenen Gebiete umzuwidmen. Das Tempo sei mittlerweile konkretisiert worden. Einen Grunddissens zwischen dem seinerzeitigen und dem jetzigen Antrag gebe es insofern nicht.

Der **Antrag** der FDP-Fraktion wird sodann mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** der FDP-Fraktion, **laufende Nr. 14**, bemerkt **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, die Grundidee, rationelle Energienutzung zu fördern und regenerative Techniken zu nutzen,

werde von der FDP-Fraktion durchaus geteilt. Die FDP-Fraktion wolle eine möglichst konkrete und projektbezogene Förderung statt einer separaten und großzügig bemessenen Spielwiese.

Auf die Frage des **Christian Weisbrich (CDU)**, wie gut das Programm abgerufen worden sei, macht **Minister Schwanhold** darauf aufmerksam, dass das Programm sowohl in MSWKS wie auch im MWMEV und im MUNLV angesiedelt sei.

Die Ist-Ausgabe im Kapitel 08 060 und dort in der Titelgruppe 60 habe rund 48 Millionen DM betragen, teilt **Ministerialrat Kröger** mit.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** hält es im diskutierten Zusammenhang deshalb für unsinnig, über Kürzungen zu reden, wenn gleichzeitig darüber geredet werde, Brennstoffzellentechnologie und andere regenerative Energien weiterentwickeln zu müssen, weil Öl und Gas als Primärenergieträger auf längere Sicht entweder sehr viel teurer oder deutlich knapper würden. Er bitte zu berücksichtigen, dass sogar größere Automobilkonzerne mittlerweile 1 Milliarde DM in die Brennstoffzellentechnologie investiert hätten. Die Landesmittel seien vor diesem Hintergrund gut eingesetzt, zumal durch die öffentlichen Mittel private Mittel initiiert würden.

Im Augenblick laufe, teilt **Minister Schwanhold** mit, der Entscheidungsprozess statt, wohin sich die Standorte für die Brennstoffzellenproduktion und die Zulieferindustrie orientierten. Neben den privaten Investitionen müssen ein Netzwerk aufgebaut werden. Die Kompetenzzentren in Nordrhein-Westfalen seien anfinanziert. Es sei gut, über einen kurzen Zeitraum zusätzliche Kraftanstrengungen zu unternehmen, um hinterher "ernten" zu können.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag** mit der **Ifd. Nr. 15** wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion und bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Einzelplan 08** unter Berücksichtigung der sich aus der Antragsdiskussion ergebenden Änderungen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen das Votum von FDP und CDU **angenommen**.

Der **Einzelplan 10** und der **Einzelplan 15** werden in der vorgelegten Fassung in den den Wirtschaftsbereich betreffenden Teilen unverändert mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.



**Landtag Nordrhein-Westfalen**  
**13. Wahlperiode**

8. März 2001

## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr**

- Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

### **Beschlussempfehlung**

Der Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile des Einzelplans 08 in seinen Sitzungen am 13. Dezember 2000, 17. Januar 2001 und 7. März 2001 beraten.

### **B Anträge der Fraktionen**

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

### **C Gesamtabstimmung**

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - unter Ausklammerung der personalrelevanten Haushaltstitel und unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuss angenommen.

Dr. Helmut Linssen  
Vorsitzender

**Anlage**

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08  
im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
zum Haushaltsgesetz 2001

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 541 10 Kosten für Präsentationsmaßnahmen im Rahmen von Messen, Ausstellungen, Kongressen usw.</p> <p>Ansatz 2001: 5,4 Millionen DM</p> <p>Kürzung um: 2,3 Millionen DM</p> <p>Begründung: Die Auslobung des NRW-Wirtschaftspreises "Milestones", der im Rahmen einer Abendveranstaltung mit kulturellem Begleitprogramm übergeben wird, ist bei einer derart schwierigen Haushaltslage nicht erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enthaltung GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	F.D.P.	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 685 13 Landes-Förderprogramm "Arbeitsplatz-schaffende Existenzgründungshilfe für Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister - Meistergründungsprämie"</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 24 000 000 DM um 4 000 000 DM auf 28 000 000 DM</p> <p>Begründung: Angesichts der nach wie vor eklatanten Unternehmerlücke in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erscheint die Aufstockung des Ansatzes für die Meistergründungsprämie, mit der ja bereits zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, unbedingt sinnvoll.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	F.D.P.	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 60</b> Förderung eines modernen Managements, Beratungen für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen ("Beratungsprogramm Wirtschaft"); sonstige Maßnahmen zur betrieblichen Leistungssteigerung im Mittelstand</p> <p><b>Titel 685 60</b> Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes  von 11 100 000 DM  um 5 000 000 DM  auf 16 100 000 DM</p> <p>Bei den Erläuterungen zu Titel 685 60 wird eine Ziffer 2.6 "E-Commerce-Beratung für kleine und mittlere Unternehmen" angefügt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU Enthaltung  F.D.P. ja  GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 3		<p>Begründung:                      Aus dem sich dynamisch entwickelnden Internet-Handel erwachsen grundlegende Veränderungen für Einkauf, Produktion und Verkauf, die vielen mittelständischen Unternehmen noch nicht bewusst sind. Um den hieraus drohenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber Großunternehmen, die technische Trends frühzeitig zu nutzen wissen, zu begegnen, soll eine systematische E-Commerce-Beratung für KMUs in NRW aufgebaut werden.</p>	

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	F.D.P.	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 68</b> Förderung der Außenwirtschaft</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 10 500 000 DM um 1 500 000 DM auf 12 000 000 DM</p> <p>In den Erläuterungen zu Titelgruppe 68 wird die Ziffer 3 "Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den mittel-, südost- und osteuropäischen Reformländern sowie den GUS-Staaten (Vorjahr Titelgruppe 64) von 1 500 000 DM auf 3 000 000 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in den o. a. Ländern ist für die Intensivierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen NRW's mit diesen Ländern, die dazu ein "natürlicher Markt" der NRW-Wirtschaft sind, besonders geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 70</b> Begleitmaßnahmen zur Gründungs-offensive NRW</p> <p><b>Titel 531 70</b> Kosten für Veröffentlichungen</p> <p>Ansatz 2001: 3,6 Millionen DM                      Kürzung um: 1 Million DM                      Kürzung der VE: von 2 Millionen DM auf 1 Million DM</p> <p><b>Titelgruppe 72</b> Mittelstands-Offensive NRW</p> <p><b>Titel 531 72</b> Kosten für Veröffentlichungen</p> <p>Ansatz 2001: 2,35 Millionen DM                      Kürzung um: 1 Million DM</p> <p><b>Titel 541 72</b> Aufwendungen für Veranstaltungen</p> <p>Kürzung der VE: von 5 Millionen DM auf 4 Millionen DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein                      CDU ja                      F.D.P. ja                      GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 5		Begründung: Die Ansätze für die Werbemaßnahmen im Rahmen dieser beiden Offensiven sind mit insgesamt 5,95 Millionen DM zu hoch. Sie sollen deshalb gekürzt werden.	

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD und BÜNDNIS GRÜNE 90/DIE	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 72</b> Mittelstandsoffensive NRW</p> <p><b>Titel 541 72</b> Aufwendungen für Veranstaltungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 800 000 DM um 200 000 DM auf 1 000 000 DM</p> <p><b>Titel 653 72</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 250 000 DM um 500 000 DM auf 750 000 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 6		<p data-bbox="411 607 478 1509">Titel 685 72 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p data-bbox="523 1115 555 1509">Erhöhung des Baransatzes</p> <p data-bbox="603 607 702 1509">von 300 000 DM um 500 000 DM auf 800 000 DM</p> <p data-bbox="785 607 932 1509">Begründung: Die Erhöhungen dienen der Verstärkung der Mittelstandsoffensive, d. h. der gesamten Titelgruppe. (Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.)</p>	

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	F.D.P.	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 72</b> Mittelstands-Offensive NRW</p> <p>Senkung des Ansatzes</p> <p>von 4 000 000 DM um 4 000 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung: Das Programm Mittelstands-Offensive NRW ist ein ausschließlich auf Medienwirksamkeit abzielendes Begleitprogramm, das keine Hilfen für mittelständische Unternehmen beinhaltet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	F.D.P.	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 73</b> Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa</p> <p><b>Titel 685 73</b> Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 2 500 000 DM um 1 000 000 DM auf 3 500 000 DM</p> <p>Begründung: Intensivierung der Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa, vor allem der Unterstützung von NRW-Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Erschließung des Marktpotentials in den Staaten Mittel- und Osteuropas.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD und BÜNDNIS GRÜNEN 90/DIE	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 83</b> Strukturpolitische Initiativen</p> <p><b>Titel 653 83</b> Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 600 000 DM</p> <p>um 150 000 DM</p> <p>auf 750 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Der Titel 653 83 soll überrollt werden, um den bisherigen Umfang der Fördermaßnahmen fortsetzen zu können.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE ja</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	SPD und BÜNDNIS GRÜNEN 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08 030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titelgruppe 83 Strukturpolitische Initiativen</p> <p>Titel 892 83 (neu) Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftliche Initiativen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von -</p> <p>um 300 000 DM</p> <p>auf 300 000 DM</p> <p>Begründung: Der Ansatz des neuen Titels 892 83 fließt dem in Gründung befindlichen Dienstleistungszentrum für Frauengesundheit in Köln zu.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	<p><b>Kapitel 08 030</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titel neu</b> Neuausrichtung der nordrhein-westfälischen KMU auf die Internet-Wirtschaft</p> <p><b>Ansatz 2001:</b> 15 Millionen DM</p> <p><u>Begründung:</u>                  Die weiterhin rasante Entwicklung des Internets wirkt sich immer stärker auf alle Lebensbereiche aus. Neben Kommunikation und Bildung ist die Wirtschaft am stärksten von den Umwälzungen betroffen. Sämtliche Geschäftsprozesse stehen auf dem Prüfstand, und nur diejenigen Unternehmen werden die nächsten Jahre überstehen, die die Möglichkeit des Internets frühzeitig erkannt haben und sie für ihre Zwecke ausnutzen. Ohne Zweifel sind die großen Konzerne in der Einbeziehung des Internets in alle Geschäftsabläufe bereits weit fortgeschritten. Mit großem Mitteleinsatz befinden sie die New Economy in ihrem Geschäftsbetrieb ein. Für kleine und mittlere Unternehmen gibt es auf verschiedenen Ebenen bereits Angebote, sich über die Möglichkeiten des Internets zu informieren bzw. sich in bestimmten Aspekten, z. B. den Internetauftritt, beraten zu lassen. Dennoch nutzen noch viel</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein                  CDU ja                  F.D.P. Enthaltung                  GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 11		<p>zu wenig KMU diese Möglichkeiten. Aus landespolitischer Sicht wäre es verheerend, wenn aufgrund fehlender struktureller Weichenstellung ein großer Teil der heimischen KMU hinter ihre Wettbewerber in anderen Regionen zurückfällt. Deshalb müssen Wettbewerbsnachteile aufgrund mangelnder Ausrichtung auf das Internet verhindert und die Neuausrichtung der nordrhein-westfälischen KMU auf die Internetwirtschaft zügig, flächendeckend und umfassend vorangetrieben werden.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	F.D.P.	<p>Kapitel 08 040 Technologieprogramm NRW</p> <p><b>Titelgruppe 73</b> Technologieprogramm NRW, Programm-bereich "Technologie-Programm Bergbau"</p> <p>Senkung des Ansatzes</p> <p>von 15 450 000 DM</p> <p>um 3 000 000 DM</p> <p>auf 12 450 000 DM</p> <p>Begründung: Da es sich bei diesem Programm (auch) um Maßnahmen des in 2005 auslaufenden NRW-Steinkohlebergbaus handelt, kann der Haushaltsansatz entsprechend ermäßigt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

## Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	F.D.P.	<p><b>Kapitel 08 050</b> Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft</p> <p><b>Titel 683 20</b> Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen</p> <p>Senkung des Ansatzes  von 1 000 000 000 DM  um 500 000 000 DM  auf 500 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Auf den Antrag der F.D.P.-Fraktion "Halbierung der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle bis 2005 - Ende jeglicher Subventionierung der deutschen Steinkohle nach 2005 - 15 Milliarden DM für Investitionen in die Zukunft NRW's gewinnen" wird verwiesen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein  CDU nein  F.D.P. ja  GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/522

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	F.D.P.	<p>Kapitel 08 060 Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)</p> <p>Senkung des Ansatzes</p> <p>von 50 910 000 DM um 5 000 000 DM auf 45 910 000 DM</p> <p>Begründung: Die Förderung erneuerbarer Energien und rationaler Energieverwendung erfolgt durch verschiedene Programme des Bundes und des Landes NRW bereits in derart intensiver Weise, dass die im Haushaltsansatz vorgesehene Aufstockung unnötig ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

## IfM Bonn zukünftig

### **Beispiel 1999**

781.000	Gewerbeanmeldungen
- 52.000	Zweigniederl./unselb. Zweigstellen
- 33.000	Zuzüge infolge Verlagerungen

---

### **Sonderrechnung "Kleingewerbe etc."**

410.000	Kleingewerbe/Nebenerwerbsbetriebe
- 61.000	"unechte" Gründungen (15 % nach Forschung)

---

349.000	
- 70.000	Nebenerwerbsgründungen (20 % nach Forschung)
279.000	Kleingewerbe die Gründungen sind

---

### **Ergebnis 1 Existenzgründungen**

781.000	
- 52.000	
- 33.000	
- 61.000	
- 70.000	
565.000	Existenzgründungen

---

das sind

161.000	Hauptniederlassungen
125.000	Übernahmen*
279.000	Kleingewerbegründungen

---

### **Ergebnis 2**

565.000	Existenzgründungen
-125.000	Übernahmen*
440.000	Unternehmensgründungen



## IfM Bonn zukünftig

### *Beispiel 1999*

707.000	Gewerbeabmeldungen
- 45.000	Zweigniederl./unselb. Zweigstellen
- 48.000	Wegzüge infolge Verlagerung

---

### *Sonderrechnung "Kleingewerbe etc."*

396.000	Kleingewerbe/Nebenerwerbsbetriebe
- 59.000	"unechte"
	(15 % analog)

---

337.000	
- 67.000	Nebenerwerb
	(20 % analog)

---

270.000	Kleingewerbe, die Liquidationen sind
---------	--------------------------------------

---

### *Ergebnis 1 Liquidationen*

707.000
- 45.000
- 48.000
- 59.000
- 67.000

---

488.000	Liquidationen
---------	---------------

---

Das sind

101.000	Hauptniederlassungen
117.000	Übergaben
270.000	Kleingewerbe

---

### *Ergebnis 2*

488.000	Liquidationen
-117.000	Übergaben
371.000	Unternehmensliquidationen